

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Familien und die Freunde der Verleger entgegen. — Original wertig. Preis 10 Pf. — Anzeiger Nr. 25.

Verlegungen nehmen die Familien und die Freunde der Verleger entgegen. — Original wertig. Preis 10 Pf. — Anzeiger Nr. 25.

Abgabe des Kapitalvertrages — Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 100

Nr. 102

Sonntag, den 1. Mai 1932

27. Jahrgang

Die Angst vor dem „Laschen-Banzer-Schiff“

Die Genfer Marineberatungen — Staatssekretär von Rheinbaben über das deutsche Panzerschiff

Genf, 29. April. In der heutigen Sitzung des Marineauschusses erläuterte der deutsche Vertreter, Staatssekretär v. D. von Rheinbaben, den deutschen Standpunkt in der Frage der Linien-Schiffe und entwarf insbesondere den in der Propaganda des Auslandes hervorgetretenen Vorwurf gegen das deutsche sogenannte „Laschen-Banzer-Schiff“. Die deutschen Schiffskonstruktoren hätten vor der außerordentlich schwierigen Aufgabe gestanden, ein Panzerschiff zu bauen, das weniger als ein Drittel der Tonnage der Panzerschiffe anderer Länder besitzt und trotzdem für den Fall eines Angriffes auf Deutschland verhinde, daß Deutschland zur See einfach wehrlos dasteht. Man habe als besonderes Kennzeichen für die Ungefahrlosigkeit angeführt, daß die Panzerung des Schiffes nicht im Verhältnis seiner Armierung stehe. Das sei richtig, aber schied daran sei die außerordentlich geringe zur Verfügung stehende Tonnage, die nicht gleichzeitig eine ausreichende Panzerung und eine ausreichende Geschwindigkeit zulasse. Die dem Schiff gleichfalls zum Vorwurf gemachte Geschwindigkeit sei in erster Linie eine Verteidigungswaffe. Ein Schiff mit einem Höchstalter von 28 Zentimeter habe keine Angriffsmitel, sich einer Beschleunigung binnen 10 Minuten durch einen Gegner mit einem Kaliber von 40,8 Zentimeter zu entziehen. Der außerordentlich große Aktionsradius, der dem Schiff zum Vorwurf gemacht werde, sei für ein Land notwendig, das nicht in der glücklichen Lage sei, eine große Anzahl von Schiffen zu besitzen oder in dieser Zahl überhaupt nicht beschränkt zu sein. Ich möchte hier, erklärte der Redner, vor aller Öffentlichkeit mit Nachdruck feststellen, daß das deutsche Panzerschiff nur halb so teuer ist, als die dreimal so großen Linien-Schiffe der anderen Seemächte. Wenn Sie selbst somit zum Bau solcher Schiffe übergehen, ohne die Zahl ihrer Linien-Schiffe zu erhöhen, so werden Sie einen Betrag an Baukosten erhalten, über den jeder Steuerzahler die größte Freude empfinden wird.

Der gegen Deutschland erhobene Vorwurf ist ein typisches Beispiel für die Fabel vom Wolf und dem Lamm.

Trotz der vielen Arbeit, trotz des hohen Kosten, die dieses Schiff und Deutschen verursacht hat, und trotzdem ich nicht leugnen kann, daß jeder flottenbewußten Deutschen ein gewisser Stolz erfüllt, daß es Deutschland gelungen ist, ein brauchbares Verteidigungsinstrument geschaffen zu haben, will ich doch auch bei dieser Gelegenheit in die Erinnerung zurückrufen, daß der deutsche Delegierte bereits in der allgemeinen Aussprache der Konferenz die Erklärung abgegeben hat, daß Deutschland bereit sei, auch diese Schiffe auf dem Altar der Abrüstung zu opfern, falls die anderen Mächte sich bereitfinden, dasselbe mit ihren Linien-Schiffen zu tun.

Genf, 29. April. Im weiteren Verlauf der Aussprache im Marineauschuss traten die alten Gegensätze in der Bewertung der Linien-Schiffe hervor. Während der deutsche Delegierte die Bedeutung dieser Schiffe für eine Blockade und die Vorbereitung einer Invasion hervorhob, bemühte sich der amerikanische Vertreter, Senator Swanson, in längerer Rede um den Nachweis, daß die Linien-Schiffe wenigstens für Amerika rein defensives Bedeutung hätten.

Der italienische Delegierte Maroni vertrat im Gegenzug hierzu den Standpunkt, daß die Linien-Schiffe ein höchstmaß von konzentrierter Offensivkraft in ihrer besonders widerstandsfähigen Hülle darstellten. In dem gleichen Sinne äußerte sich der spanische Delegierte, während der englische Admiral Pound im gleichen Sinne wie Swanson und der Vertreter Japans die Bedeutung der Linien-Schiffe für die Durchführung einer Blockade und die Vorbereitung einer Invasion betonte. Der englische Vertreter legte im übrigen die französische Anregung einer Flottenbeschränkung auf dem Wege der Bestimmungsfaktoren als wertlos und schätands ab. Es sei leichter, sich an die bewährte Methode der direkten Beschränkung zu halten.

Bisher keine Verhandlungen Zentrum-Nationalsozialisten

Berlin, 29. April. Eine Berliner Korrespondenz behauptet, daß trotz aller Dementis zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum über die weitere Gestaltung der Dinge bereits verhandelt worden sei, und zwar seien an diesen Verhandlungen für das Zentrum die Abgeordneten Hirtfelder, Dr. Grah und Baumhoff, für die Nationalsozialisten die Abgeordneten Gering, Straßer und Rube beteiligt gewesen. Hierzu erfahren wir nun fälscher Zentrumseite, die nach der Darstellung der Korrespondenz an den Verhandlungen teilgenommen haben sollte, daß von solchen Verhandlungen überhaupt keine Rede sein kann. Der Abg. Baumhoff ist garnicht in Berlin, und weder Minister Hirtfelder noch Dr. Grah haben irgendeine Besprechung in der angegebenen Art gehabt. Zunächst wird übrigens der Reichsverband der Zentrumspartei sich morgen mit der Lage befassen. Entsgegen anderen Meldungen tritt die preußische Zentrumsfraktion erst nächste Woche zusammen. Daraus ergibt sich, daß von Verhandlungen mit den Nationalsozialisten jetzt gar keine Rede sein kann.

Die künftige Haltung der SPD. im Reichstag

Berlin, 29. April. Gegenüber verschiedenen Mitteilungen über die voraussichtliche Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erklärte der Vorsitzende der Fraktion Abg. Dr. Weitzel einem Vertreter der Telegraphenunion folgendes: Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind bisher keinerlei Beschlüsse gefaßt worden über das, was in der nächsten Reichstags-sitzung geschehen soll. Die Haltung der Sozialdemokratie hängt natürlich davon ab, ob etwa das Zentrum in Preußen eine Vereinbarung mit den Nationalsozialisten über eine gemeinsame Regierung trifft und in welcher Weise eine solche gemeinsame Regierung etwa auf das Reich zurückwirken würde. Im übrigen liegt für die Sozialdemokratie keine Veranlassung vor, ihre Haltung in der Reichspolitik zu ändern.

Japan und der Völkerbund

Tokio, 29. April. Die japanische Regierung hat ihren Vertretern in Genf Anweisung gegeben, der Versammlung des Völkerbundes beizuwohnen, sich aber an der Abstimmung nicht zu beteiligen.

Osterreich bleibt bei der Goldwährung

Wien, 29. April. Die vom Genfer diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ verbreitete Meldung, es sei möglich, daß sich die österreichische Regierung genötigt sehen werde, von der Goldwährung abzugehen, entbehrt, wie amtlich festgestellt wird, jedweder Grundlage.

Noch keine Entscheidung in der Amnestiefrage

Berlin, 29. April. Zu den Meldungen über einen beabsichtigten Amnestieerlass des Reichspräsidenten bezüglich seiner erneuten Amtsübernahme erfahren wir vom Reichsjustizminister, daß die zuständigen Stellen dieses Ministeriums zu der Anregung des Reichsrates auf Erlass einer Amnestie noch nicht endgültig Stellung genommen haben.

Rückkehr des Kanzlers

Berlin, 29. April. Wie wir erfahren, wird der Kanzler nach seiner morgigen Rückkehr, wie üblich, dem Reichspräsidenten über die Genfer Besprechungen berichten. Dann wird er an der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der Zentrumspartei teilnehmen. Da die Angelegenheit der Wichtigkeit des Beratungskollegiums längere Zeit in Anspruch nehmen wird, ergibt sich von selbst, daß eine Kabinettsitzung morgen nicht mehr stattfinden kann. Es ist auch nicht richtig, wie ein Berliner Morgenblatt meldete, daß das Reichskabinett schon am Sonntag zusammentritt. Vielmehr werden die Kabinettsberatungen erst am Montag ihren Anfang nehmen. Die erste Sitzung wird voraussichtlich eine Aussprache über Genf und die innerpolitische Situation bringen. Am Dienstag dürften dann wohl die Endberatungen über die neue Notverordnung beginnen, die in den letzten Wochen in den Ressorts vorbereitet worden ist.

Der Übergang auf die zweite Amtsperiode des Reichspräsidenten macht dagegen die zukünftigen Stellen keineswegs so viel Kopfzerbrechen, wie man einem Teil der Presse entnehmen könnte. Eine neue Eidesleistung kommt nicht in Frage, weil der Eid auch in seiner einmaligen Unverbrüchlichkeit ist. Ferner können wir feststellen, daß an besondere Feierlichkeiten nicht gedacht wird, vielmehr wünscht der Reichspräsident selbst, daß von allem Neuen abgesehen werde.

Pariser Blätter zu den Genfer Erklärungen des Kanzlers

Paris, 29. April. In den Genfer Erklärungen des Reichskanzlers meint der Außenpolitiker des „Echo de Paris“, es wäre interessant, zu wissen, inwieweit der Reichskanzler mit MacDonald und Stimson einig sei. Der Berichterstatter des „Journal“ ist der Ansicht, daß die Erklärungen des Kanzlers nicht gerade geeignet seien, den Franzosen Vertrauen einzufloßen. Es sei verwunderlich, daß er von der Dringlichkeit einer Zusammenarbeit und namentlich der deutsch-französischen Zusammenarbeit spreche. Auch der Berichterstatter des „Zeit Verifier“ ist mit den Ausführungen Brünings nicht zufrieden. Brünning habe keinen Anlaß, von Entschuldigungen zu sprechen.

Die deutsche Delegation zu den bevorstehenden Besprechungen

Genf, 29. April. Bei der deutschen Delegation wird die oben veröffentlichte Beratung über die Fortsetzung der Staatsmännergesprächen um so mehr begrüßt, als Reichskanzler Brünning vor seiner Abreise in einem dringenden Appell an die Weltpresse die Notwendigkeit betont hat, die großen politischen Fragen, zu denen vor allem die Abrüstungsfrage gehört, einschließlich und unverzüglich anzupacken. Dieses Communiqué ist ein Beweis, daß die maßgebenden Staatsmänner in dem Geiste der schmerzlichen Verantwortung, die auf ihnen lastet, gewillt sind, die in Genf ausrichtungslos begonnenen Verhandlungen zu einem neuen Zeitpunkt fortzusetzen. Damit finden auch die in den letzten Tagen immer wieder aufgetauchten Gerüchte über eine Verletzung des Abrüstungsvertrages ihre Entledigung. In den Kreis der Be-

sprechungen, deren Fortsetzung nunmehr in Aussicht genommen worden ist, gehören auch die anderen aktuellen Fragen, die noch in diesem Jahre gelöst werden sollen.

Waldige Wiederaufnahme der Genfer Unterredungen

Genf, 29. April. Die deutsche, englische, amerikanische, italienische und französische Delegation haben heute ein gemeinsames Communiqué ausgegeben, in dem es heißt: In der Villa Welling, dem jetzigen Wohnort des amerikanischen Staatssekretärs Stimson, hat heute nachmittag unter dem Vorhild MacDonalds eine Besprechung zwischen den gegenwärtig in Genf weilenden Hauptdelegierten Deutschlands, Amerikas, Englands, Frankreichs und Italiens stattgefunden. Es herrschte Einverständnis darüber, daß es dringend erwünscht sei, daß die mit der Aussicht auf gute Ergebnisse zwischen den Führern dieser Delegation eingeleiteten Unterredungen so bald wie möglich wieder aufgenommen werden, nachdem sie dadurch unvermeidlich Weise unterbrochen wurden, daß der französische Ministerpräsident Laval im Augenblick nicht nach Genf zurückkehren konnte. Es ist beabsichtigt, daß die Wiederaufnahme der Unterredungen innerhalb der nächsten 14 Tage stattfindet. Der genaue Zeitpunkt wird dieser Tage festgelegt.

Sozialpolitische Reformen

Rede des Reichsarbeitsministers Stegerwald in Erfurt — Änderungen der Sozialversicherung in Sicht

Erfurt, 29. April. Auf der außerordentlich gut besuchten Reichstagsung des Verbandes der katholischen Kaufmännischen Vereinigungen wies Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald in seiner Rede auf die ungeheure Verwirrung in der ganzen Weltwirtschaft hin, die auf den Weltkrieg und die gewaltige gegenseitige wirtschaftlich unproduktive Verschuldung der Länder zurückzuführen sei. Dadurch werde ein geordnetes Kreditssystem und die Weltwirtschaftsmaschinerie immer unerträglicher gestört. Von Arbeitgeberseite werde er, so betonte der Reichsarbeitsminister, immer härter bebrängt, den staatlichen Lohnschutz zu befestigen. Solange er jedoch Arbeitsminister sei, lehne er ein solches Unsinnen nach wie vor nachdrücklich ab. Die Handhabung der Lohnpolitik sei gegenwärtig eine der schwierigsten Staatsaufgaben. Die Arbeitgeber sähen in ihr eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Wirtschaftstrennung Deutschlands. In Arbeitnehmerskreisen sehe man in dem Staat weitgehend die Lohnsenkungsmaschine. Seine Annahme seien falsch.

Der Minister umriß kurz die Aufgaben der Staat-

lichen Lohnpolitik und wandte sich dann der Sozialversicherung zu. Für das Jahr 1932, erklärte er u. a., fehlten den Fürsorgeeinrichtungen und Versicherungs-zweigen noch viele Hunderte von Millionen RM. Zu den nächsten Wochen muß eine Kombination zwischen Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenfürsorge gefunden werden, mit der wir über das Jahr 1932 hinarbeiteten. Auf längere Sicht gesehen, werden sich grundlegende Änderungen der gesetzlichen Sozialversicherung nicht vermeiden lassen. Wir kommen nicht darum herum, die Sozialversicherung in steigendem Maße den Versicherten zu überantworten. Die Arbeitgeber hätten einen durch Gesetz festzusetzenden Beitrag zu entrichten, wofür sie in bestimmten Fragen mit zu entscheiden hätten, während für den Rest des Beitrages die Versicherten selbst aufzukommen hätten, wie ihnen auch die Durchführung der Sozialversicherung bei entsprechender Staatsaufsicht einzuräumen wäre. Auch das gegenwärtige Organisationswesen in unserer Wirtschaft erweist sich immer mehr als unzulänglich. Es könnte eine sehr große Aufgabe des Reichswirtschaftsrates